

Bundesversicherungsamt

II 1 - 4766/02

Geschäftszeichen, bei Antwort bitte angeben

Villemombler Str. 76
53123 Bonn

Bundesversicherungsamt Villemombler Str. 76 53123 Bonn

An alle
bundesunmittelbaren Krankenkassen

nachrichtlich:

BKK-BV

VdAK/AEV

Verband der landwirtschaftlichen Krankenkassen

IKK-BV

Telefonvermittlung: 0228 619 - 0
Telefondurchwahl: 0228 619 - 1552
Telefax: 0228 619 - 1866
E-Mail: Ulrike.Becker@bva.de

Tag: 28. Januar 2003

Bearbeiter(in): Frau Becker

Anspruchsvoraussetzungen zur Zahlung von Mutterschaftsgeld

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus gegebenem Anlaß möchten wir auf folgendes hinweisen:

Nach § 200 RVO erhalten weibliche Mitglieder, die bei Arbeitsunfähigkeit Anspruch auf Krankengeld haben **oder** denen wegen der Schutzfristen nach § 3 Abs. 2 des Mutterschutzgesetzes kein Arbeitsentgelt gezahlt wird, Mutterschaftsgeld.

Anspruchsvoraussetzung ist zunächst, dass die Schwangere bei Beginn der Schutzfrist Mitglied (pflicht- oder freiwillig versichert) der gesetzlichen Krankenversicherung ist. Weitere Voraussetzung ist, dass das Mitglied entweder mit Anspruch auf Krankengeld versichert ist (§ 200 Abs. 1, 1. Alternative RVO) **oder** dass das Mitglied in einem Arbeitsverhältnis steht, ihm jedoch wegen der Schutzfrist kein Arbeitsentgelt gezahlt wird (§ 200 Abs. 1 2. Alternative RVO). Hierzu zählen Studentinnen, Rentenbezieher und freiwillig Versicherte, die versicherungsfrei beschäftigt sind.

Auskünfte an Versicherte, dass freiwillig oder pflichtversicherte Studentinnen, da sie nicht mit Anspruch auf Krankengeld versichert sind, auch bei Erwerbstätigkeit keinen Anspruch auf Mutterschaftsgeld haben, sind daher nicht zutreffend. Wir verweisen insoweit auf das Rund-

schreiben der Spitzenverbände der Krankenkassen Nr. 89a, zu § 200 Abs. 1 RVO, § 29 Abs. 1 KVLG, Ziffer 1, Abs. 3. Wir bitten, dies – sofern bisher nicht geschehen – künftig zu beachten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez. Rexroth